

I-06 Jusos Bezirk Hannover

Jin, Jiyan, Azadi! Solidarität mit den Protesten im Iran! Kampf dem Mullah-Regime!

Beschluss: Jin, Jiyan, Azadi! Solidarität mit den Protesten im Iran! Kampf dem Mullah-Regime!

„Das ist der Beginn einer Revolution“

Am 16. September 2022 starb Jina (Mahsa) Amini in einem Teheraner Krankenhaus. Drei Tage zuvor war sie von der Gat-e erd, der sogenannten "Sittenpolizei", festgenommen worden, weil sie den Hidschab angeblich nicht vorschriftsgemäß trug. Augenzeug*innen beobachteten, wie die "Sittenpolizei" Amini schlug. Die 22-Jährige überlebte diese Festnahme nicht. Amini war eine von unzähligen FINTA, die von der Gat-e erd wegen ihrer Kleidung verhaftet, schikaniert und unterdrückt werden. Gerade deshalb wurde sie in kürzester Zeit zu einem Symbol: Seit ihrem Tod rollt eine Protestwelle durch den Iran. Tausende gehen auf die Straße, vor allem am Abend oder in der Nacht und demonstrieren gegen ein korruptes und patriarchales Regime. Obwohl diese Proteste im Ausland - auch in Deutschland - immer weniger Aufmerksamkeit finden, geht der Kampf der Iraner*innen für ihre Freiheit weiter. Um diesen Kampf zu gewinnen, brauchen sie mehr als nur unsere symbolische Solidarität. Das iranische Regime nutzt die geringe internationale Aufmerksamkeit, um besonders brutal gegen jede Opposition vorzugehen. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie ihren Ankündigungen der feministischen Außenpolitik jetzt Taten folgen lässt! Auch ein Jahr nach dem Tod von Jina (Mahsa) Amini dürfen wir die feministische Revolution im Iran nicht vergessen!

Wir fordern deshalb:

- das Ende der Gewalt gegen die Demonstrant*innen und Oppositionelle im Iran.
- umfassende Sanktionen gegen den Unterdrückungsapparat des iranischen Regimes und diejenigen, die davon profitieren. Die bisherigen EU-Maßnahmen, die unter anderem gegen die Gat-e erd ("Sittenpolizei") sowie die Basidsch-Milizen gerichtet sind, sind ein richtige Schritte. Die Liste der sanktionierten Personen und Organisationen muss jedoch deutlich ausgeweitet werden. So müssen auch die Revolutionsgarde, die mit ihnen verbundenen Unternehmen und Vermögenswerte sowie die obersten Machthaber im Iran in den Fokus der Sanktionen rücken. Denn bei aller Unterdrückung und Armut im Iran, die Angehörigen der Elite und ihre Angehörigen genießen nach wie vor Freiheiten, die sie anderen verwehren, sowie zum Teil enormen Wohlstand. Das zeigte sich erst kürzlich, als der sogenannte "Todesrichter" Hussein-Ali Najeri verschiedenen Berichten zufolge in der Privatklinik INI in Hannover behandelt wurde. Diese Mobilität und Straffreiheit des iranischen Regimes muss der Vergangenheit angehören!
- die Revolutionsgarde auf die EU-Terrorliste zu setzen.
- das Ende der einseitigen Fokussierung auf die Atom-Verhandlungen. Die notwendige Reaktivierung des Atomabkommens darf nicht auf dem Rücken der feministisch-revolutionären Zivilgesellschaft im Iran ausgetragen werden. Iranische Oppositionelle fürchten nicht ohne Grund, dass der EU, insbesondere Deutschland, ein Erfolg in den Atom-Verhandlungen wichtiger ist als ein entschlossenes Vorgehen gegen das iranische Regime. Für uns ist klar: Mit einem Regime, das feministische und demokratische Proteste gewaltsam niederschlägt, kann kein verlässliches Abkommen geschlossen werden. Zwingende Voraussetzung für erneute Verhandlungen mit neuen Regierungen muss deshalb sein, dass verbindliche Zusagen zum Ende der Gewalt gegenüber und die Anerkennung grundlegender Freiheiten von FINTA erfolgen und dahingehende Fortschritte zu beobachten sind. Der internationale Einsatz für FINTA ist im Rahmen von feministischer Außenpolitik nicht verhandelbar.
- ein entschlossenes Vorgehen auch gegen die konventionelle Aufrüstung im Iran, insbesondere das Mittelstreckenraketenprogramm, das bislang nicht im Atomabkommen enthalten war und eine enorme Bedrohung für Israel darstellt. Diese konventionelle Rüstung darf nicht länger ausgeklammert werden.

- einen Stopp der Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen mit Vereinen und Institutionen, die dem iranischen Regime nahestehen. Das betrifft unter anderem das Islamische Zentrum Hamburg.
- ein entschlossenes Vorgehen gegen Ableger des iranischen Regimes in Deutschland wie die Organisator*innen der antisemitischen Al-Quds-Märsche.
- dass das Angebot der Deutschen Welle auf Farsi ausgebaut wird, um Iraner*innen den Zugang zu politischen Informationen jenseits der staatlichen Zensur zu erleichtern.
- die Demonstrant*innen beim Zugang zum Internet zu unterstützen. Dabei reicht es nicht, wenn Privatpersonen aus dem Ausland versuchen zu helfen. Der Zugang zum Internet ist ein zentraler Bestandteil der Proteste und muss deshalb in Deutschland von staatlicher Seite unterstützt werden. Eine Maßnahme dafür ist die Einrichtung eines staatlich finanzierten Fonds für digitale Freiheit, der die Wartung, Weiterentwicklung und Verbreitung von digitalen, quelloffenen Werkzeugen für verschlüsselte Kommunikation und zur Umgehung von Zensur fördert.
- sichere Fluchtrouten sowie eine erleichterte Einreise in die EU für Iraner*innen. Das betrifft Asylverfahren ebenso wie die Vergabe von Visa. Die Zeiten, in denen vor allem junge Iraner*innen kein deutsches Visum bekommen haben, müssen endlich vorbei sein.
- erhöhte Schutzmaßnahmen für Exil-Iraner*innen durch deutsche Sicherheitsbehörden, sowie die Einrichtung von Anlauf- und Meldestellen für Betroffene.
- einen dauerhaften Abschiebestopp in den Iran
- dass sich die SPD den vielerorts stattfindenden Demonstrationen gegen das iranische Regime anschließt.
- das Ende der Diskriminierung von FINTA, ethnischen Minderheiten, Angehörigen der LGBTQIA+ Community und anderer marginalisierter Gruppen im Iran, die Freilassung aller politischen Gefangenen und wie von den Protestierenden stets gefordert, die Durchführung eines freien Referendums über die Zukunft des Iran.

Überweisen an

Bundestagsfraktion